

Fischer, Bernhard

Article — Digitized Version

Entwicklungspolitische Lehren für Osteuropa

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Fischer, Bernhard (1993) : Entwicklungspolitische Lehren für Osteuropa, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 73, Iss. 9, pp. 442-443

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137039>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Entwicklungs- politische Lehren für Osteuropa



Bernhard Fischer

Die Transformationsprobleme der osteuropäischen Staaten sind angesichts der schweren Wirtschaftskrise, des Verfalls der gesellschaftlichen Werte, der politischen Instabilität und der zunehmenden Konflikte zwischen Volksgruppen und Nationen ohne Vorbild. Allerdings werden die Transformationserfordernisse in vielen Ländern Osteuropas von typischen Entwicklungsproblemen überlagert. Aus entwicklungspolitischer Sicht gibt es deshalb eine Reihe von Erfahrungen aus der Dritten Welt, die für Osteuropa von Relevanz sein dürften. Dies gilt für gesamtwirtschaftliche wie für sektorale Reformansätze, aber auch für die bi- und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit.

Zu den wirtschaftlichen Grundsätzen, die sich aus den entwicklungspolitischen Erfahrungen ableiten lassen, gehören: Die Reformen sollten in sich konsistent sein, in realistischen Zeiträumen erfolgen sowie von der Regierung auf allen Ebenen durch eine klare politische Verpflichtung getragen werden. Eine soziale Abfederung der Reformprogramme scheint unverzichtbar zu sein, u.a. deshalb, weil sonst soziale Unruhen und politische Instabilitäten die Programme gefährden. Voraussetzung für die Durchführung und den Erfolg von Reformen ist der Aufbau von leistungsfähigen Institutionen. Dies erfordert die Schaffung öffentlicher Körperschaften, durch die der Staat seine grundlegenden Aufgaben erfüllt, sowie die Einrichtung eines Kodex für die Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte untereinander (z.B. Vertragssicherheit).

In mancher Hinsicht sind die gegenwärtigen wirtschaftlichen Herausforderungen der osteuropäischen Staaten vergleichbar mit denen vieler lateinamerikanischer Staaten seit Mitte der achtziger Jahre. Aus den Erfahrungen erfolgreicher Reformländer – wie etwa Chile und Mexiko – lassen sich für folgende Politikbereiche Lehren ziehen: Stabilisierungspolitik, Privatisierungspolitik, Management von Außenschulden sowie Liberalisierung des Handels und der Investitionen.

Bemühungen, die gesamtwirtschaftliche Stabilität herzustellen und diese aufrechtzuerhalten, sollten Vorrang haben, da nur dann mikroökonomische Reformprozesse dauerhaft Erfolg haben können. Hierfür sind notwendig eine Beseitigung des Geldüberhanges und eine Reduktion des Defizits im Staatshaushalt. Eine anhaltende Inflationsbekämpfung erfordert strikte Budgetbeschränkungen für die öffentlichen Unternehmen, eine Kürzung der Subventionen und den Aufbau eines effizienten Steuersystems. Außerdem müssen die großen Verzerrungen in den relativen Preisen korrigiert werden, die von überregulierten oder nicht vorhandenen Arbeits- und Finanzmärkten herrühren.

Auch wenn einzelne Länder Lateinamerikas – wie etwa Mexiko – seit 1983 weitreichende Privatisierungsprogramme umgesetzt haben, ist die Größenordnung der in Osteuropa notwendigen Privatisierungen ungleich dramatischer. Für eine Privatisierung bzw. Liquidation von Staatsunternehmen sprechen die wirtschaftliche Effizienz, die Umstrukturierung und Konsolidierung der öffentlichen Finanzen sowie eine Reorientierung des Staates auf seine primären Aufgaben in einer Marktwirtschaft. Die Erfahrungen der lateinamerikanischen Länder legen ein graduelles Vorgehen bei der Privatisierung nahe, um den Markt testen zu können und um Lernprozesse zuzulassen. Mit steigendem Vertrauen in die Wirtschaftsreform und nach Fortschritten bei den Strukturanpassungsprogrammen dürften auch höhere Preise beim Verkauf staatseigener Betriebe zu erzielen sein.

Eine Anzahl zentral- und osteuropäischer Länder ist mit einem externen Schuldenüberhang belastet. Im Unterschied zu der Situation Lateinamerikas besteht die Außenverschuldung kaum aus Verpflichtungen gegenüber Geschäftsbanken, sondern überwiegend aus Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Gläubigern. Beim Management der Außenschulden dürfte das Erreichen einer soliden, umfassenden und langfristig angelegten Umschuldung wichtiger sein als das Erzielen eines großen Schuldenabschlages. Der Abschluß einer erfolgreichen Umschuldung kann positive Effekte haben und einen sich selbst verstärkenden vertrauensbildenden Prozeß einleiten, in dem sich die in- und ausländischen Investitionen erhöhen, Fluchtkapital zurückfließt, sich der Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten eröffnet sowie die öffentlichen Finanzen und die Inflationskontrolle weiter konsolidiert werden.

Auch Handelsreformen sollte eine hohe Priorität eingeräumt werden, da die osteuropäischen Länder aus ihrer Integration in die Weltwirtschaft Wohlfahrtsgewinne erwarten können. Hierfür müssen Quoten in Zölle umgewandelt, hohe Zölle reduziert und die Investitionen und die Arbeitskräfte aus der Produktion nicht-handelbarer Güter in die exportorientierte Produktion umgelenkt werden. Fehlende Arbeitsmobilität, schwache Finanzmärkte und bürokratische Hemmnisse können den Erfolg einer solchen Politik der Umlenkung der Faktoren jedoch verhindern. Die westlichen Industrieländer können die handelspolitischen Liberalisierungsbemühungen besonders wirkungsvoll dadurch unterstützen, daß sie durch eine Marktöffnung außenwirtschaftlich Raum für Osteuropa schaffen.

Ein positiver oder zumindest neutraler externer Ressourcentransfer ist für die Entwicklung der osteuropäischen Länder unverzichtbar. Dabei kommt den privaten ausländischen Direktinvestitionen ein hoher Stellenwert bei der Ergänzung der internen Ersparnisse und Investitionen zu. Direktinvestitionen erhöhen nicht die Außenverschuldung, erleichtern den Zugang zu neuen Technologien, erhöhen die Verfügbarkeit ausländischer Währungen und sind beschäftigungswirksam. Hinzu kommen positive psychologische Effekte auf die potentiellen Investoren im Inland. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß ausländische Investoren zu Beginn der strukturellen Anpassungsprozesse sich eher zurückhalten werden.

Für die bi- und multilaterale Zusammenarbeit mit den neuen zentralasiatischen Entwicklungsländern dürfte der Erfolg von den politischen Rahmenbedingungen, der Ordnungspolitik und der makroökonomischen Politik der Empfängerländer bestimmt werden. Entwicklungshilfe kann die Glaubwürdigkeit von Wirtschaftsreformen stärken und deren Kosten reduzieren. Sie kann jedoch auch dazu führen, daß die Empfängerländer eine Reform ihrer Wirtschaftspolitik und die Mobilisierung heimischer Ressourcen aufschieben, oder sie kann – wie im Fall der Nahrungsmittelhilfe – die Anreizstrukturen für eine erhöhte Eigenproduktion zerstören. Ein übermäßiges Niveau des Nettoressourcentransfers schafft Unsicherheit, fördert die Korruption und behindert die Inflationsbekämpfung.

Politik, Institutionen und Verwaltungskapazität des Empfängerlandes sind entscheidend für den Erfolg externer Hilfe. Wenn die Einrichtungen der Geberorganisationen unkoordiniert handeln und miteinander konkurrieren, können sie widersprüchliche wirtschaftspolitische Reformvorschläge und Projekte sowie inkompatible Techniken und Verfahren vermitteln. Eine Koordination der westlichen Hilfe beim Entwurf von Unterstützungsprogrammen und bei der Durchführung vor Ort ist deshalb essentiell für deren Erfolg.

Bei den Reformen muß dem Politikdialog und der Programmhilfe Vorrang eingeräumt werden. Angesichts der geringen Absorptionskapazität, des bereits hohen Niveaus der Außenverschuldung und der wahrscheinlich geringen Effektivität von Projekten bei ungünstigen Rahmenbedingungen sollte eine finanzielle Hilfe nur im Zusammenhang mit strukturellen Anpassungsdarlehen multilateraler Organisationen (IWF, Weltbank) gewährt werden. Auch bei der technischen Zusammenarbeit sollte die geringe Kapazität für eine effiziente Auswahl von Projekten berücksichtigt werden. Strategisches Ziel der technischen Zusammenarbeit sollte eher der langfristige Kapazitätenaufbau als unmittelbare, kurzfristige Verbesserungen der Performance sein. Besonderes Gewicht sollte auf der verbesserten Planung einer koordinierten Unterstützung sektoraler Ziele und Politiken im Rahmen eines Programmansatzes liegen.